

Stadtverordnetenbüro  
Auskunft erteilt: Frau Allamode  
Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1032  
Telefax: 0641 306-2033  
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 09.01.2013

## **N i e d e r s c h r i f t**

der 12. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Sport und Integration  
am Mittwoch, dem 05.12.2012,  
im Stadtverordnetensitzungssaal, Rathaus, Berliner Platz 1, 35390 Gießen.  
Sitzungsdauer: 19:00 - 20:40 Uhr

### **Anwesende Ausschussmitglieder:**

#### **Stadtverordnete der SPD-Fraktion:**

Frau Inge Bietz  
Herr Peter Sommer  
Herr Zeynal Sahin

#### **Stadtverordnete der CDU-Fraktion:**

Herr Jürgen Becker  
Herr Dieter Kräske

#### **Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:**

Herr Gerhard Greilich                      Stellv. Ausschussvorsitzender  
Frau Ewa Wenig

#### **Stadtverordnete der FW-Fraktion:**

Frau Elke Victor

#### **Außerdem:**

Herr Klaus Peter Möller	CDU-Fraktion	(ab 20:25 Uhr)
Frau Christiane Janetzky-Klein	Fraktion B'90/Die Grünen	
Herr Dr. Klaus Dieter Greilich	FDP-Fraktion	

#### **Vom Magistrat:**

Frau Astrid Eibelshäuser	Stadträtin	(ab 19:06 Uhr bis 20:15 Uhr)
Frau Gerda Weigel-Greilich	Bürgermeisterin	

#### **Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:**

Frau Andrea Allamode	Stellv. Schriftführerin
----------------------	-------------------------

**Gäste/Sachverständige:**

Herr Alexander Busam                      Zentrum selbstbestimmt                      (bis 19:35 Uhr)  
Leben Gießen e.V.

**Entschuldigt:**

Herr Rolf Krieger                      SPD-Fraktion  
Frau Julia-Christina Sator                      CDU-Fraktion  
Frau Dietlind Grabe-Bolz                      Oberbürgermeisterin

Der **stellv. Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung und die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben. Somit ist die Tagesordnung in der vorliegenden Form beschlossen.

**Tagesordnung (Öffentliche Sitzung):**

1.        Bürger/-innenfragestunde
2.        Vorstellung des Vereins Zentrum Selbstbestimmt Leben  
          Gießen e.V.
3.        Rückgabe der örtlichen Trägerschaft der öffentlichen                      STV/1269/2012  
          Jugendhilfe an den Landkreis Gießen  
          - Antrag der FDP-Fraktion vom 26.11.2012 -
4.        Schaffung eines zentralen Platzvergabesystems für                      STV/1279/2012  
          Kitaplätze  
          - Antrag der CDU-Fraktion vom 19.11.2012 -
5.        Verschiedenes

**Abwicklung der Tagesordnung (Öffentliche Sitzung):**

**1.        Bürger/-innenfragestunde**

---

Es liegt nichts vor.

## 2. **Vorstellung des Vereins Zentrum Selbstbestimmt Leben Gießen e.V.**

---

**Herr Busam**, Verein Zentrum Selbstbestimmt Leben Gießen e.V., stellt die Arbeit des Vereins anhand einer PowerPoint Präsentation vor (Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt).

Im Anschluss an seine Ausführungen beantwortet er Fragen der Ausschussmitglieder.

## 3. **Rückgabe der örtlichen Trägerschaft der öffentlichen Jugendhilfe an den Landkreis Gießen** **STV/1269/2012** **- Antrag der FDP-Fraktion vom 26.11.2012 -**

---

### **Antrag:**

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten gemäß § 5 des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuches (HKJGB) bei dem für Jugendhilfe zuständigen Ministerium des Landes Hessen die Rückgabe der örtlichen Trägerschaft der öffentlichen Jugendhilfe an den Landkreis Gießen zu beantragen.“

**Stv. Dr. Greilich**, FDP-Fraktion, begründet den Antrag. Unter anderem ist er der Ansicht, dass der städtische Haushalt auf diesem Wege um einen Betrag in Höhe von 11 Mio. Euro entlastet werden könnte. Für die Steuerzahler würde sich das Einsparpotenzial auf 7,7 Mio. Euro belaufen.

**Bürgermeisterin Weigel-Greilich** macht deutlich, dass von Seiten des Magistrats der Antrag nicht befürwortet werde und sie teile auch nicht das Argument, mit der Rückgabe an den Kreis Gießen lasse sich viel Geld einsparen.

**Stv. Bietz** erklärt für die SPD-Fraktion, die Jugendhilfe sei ein Bereich, der nicht zu verhandeln ist. Den politischen Gestaltungswillen der Jugendhilfe wolle sich die Koalition nicht aus der Hand nehmen lassen.

Auf Antrag des **Stv. Dr. Greilich** werden die nachstehenden Ausführungen der Bürgermeisterin wörtlich protokolliert.

### **Bürgermeisterin Weigel-Greilich:**

- *„Ja, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, Herr Greilich. Ich denke, vielleicht war die Debatte im Stadtparlament vielleicht ein bisschen scharf und ich will an dieser Stelle etwas Schärfe rausnehmen, einfach ganz nüchtern betrachten, wie denn die Situation ist. Zum einen zu diesem Status, wie Sie ihn formulieren, denke ich, da haben halt auch besonders die verschiedenen Stellen in der Verwaltung mal alles zusammengetragen, was gemacht werden könnte, von daher muss man das so sehen. Zum Beispiel die Sache mit der Erhöhung der Kreisumlage,*

es ist so, dass dieser Bericht zu einem Zeitpunkt geschrieben wurde, als die Kreisumlage im Kreis nicht den Stand hatte, den sie jetzt wieder hat, nach Schutzschirm und Haushalt. Das ist jetzt noch mal keine Entschuldigung sondern eine Erläuterung, wie es jetzt zu diesen Widersprüchen kommt. In der Tat ist es natürlich so, im Moment kann die Kreisumlage nicht weiter erhöht werden. Ich will die Argumente auch mal ein bisschen reduzieren, auf das, was letztendlich der Grund dafür ist, dass wir jetzt hier von Seiten des Magistrats aus nicht empfehlen können, diesem Antrag zu folgen. Und zwar würde ich gerne beginnen mit der Aussage, die Sie eben gemacht haben, dass wir sozusagen die Qualität dem Kreis nicht zutrauen würden. Das ist keinesfalls so, denn wir arbeiten gerade auch auf dieser Konzeptebene sehr gut mit dem Kreis zusammen. Ich bin sicher, dass von der Wertung her, das ist ja immer eine Einzelfallbewertung, auch gleiche Standards und auch gleiche Kriterien angewendet werden, wir haben ja auch letztendlich vergleichbare Fallzahlen mittlerweile, das war mal ein bisschen weiter auseinander. Das ist der eine Punkt, so dass wir sagen können, es gibt letztendlich keinen Unterschied in den Gesamtkosten in diesem Teil der Jugendhilfeplanung, den wir abgeben können, egal ob es die Stadt macht oder ob es der Kreis macht. Es gibt da keine Einsparung wie sie an anderer Stelle ggf. möglich wäre, weil es einfach nach Fallzahlen funktioniert und dann die Einzelmaßnahmen die Kosten verursachen, die sie eben verursachen. Also auch da kann es keine Einsparungen geben und die Qualität, die ich genannt habe, die hat sich eben nicht darauf bezogen auf die Einzelfallbewertung oder die Kriterien auch der Teams oder der einzelnen Mitarbeiter vom Kreis, sondern auf die Frage, wo Jugendhilfe hier ansetzt und wo wir Vernetzungen und Synergien haben.

Und es ist so, dass ein unabhängiger Teil, das sind ja auch immer Einzelpersonen, aber letztendlich Unterstützung, die auch in sozialräumliche Angebote, z. B. bei der Gemeinwesenarbeit, bei Tagesbetreuung in den Kitas angeboten wird, da ist sozusagen die spezielle Qualität wenn das in einer Hand ist. Das glaube ich, ist noch mal klar zu sagen, das hatte ich gemeint und keinesfalls, dass die Qualität beim Kreis in irgendeiner Weise schlechter ist. Und die Frage, wann wir denn diese Einsparung haben, das muss man einfach auch sehen, das weiß man, wenn man doch hier ein relativ große Abteilung, das sind ja immerhin 16 Stellen die wir bei der Stadt dafür haben, mit einer Organisationsänderung überzieht, sag ich jetzt mal, dann hat man auf jeden Fall Kosten, die in der Umstellung erstmal entstehen und ob man dann irgendwann tatsächlich hier auf dem Stand ist, dass es die gleichen Kosten sind, selbst das würde mehrere Jahre dauern. Also unabhängig von der Frage, dass es einfach von der Qualität nicht, oder sagen wir so, die Qualität einfach dadurch besser ist, dass wir in der Stadt dann auch diese Maßnahmen bzw. begleitende niedrigstelligen Maßnahmen besser vergeben können, weil wir einfach in ..... (nicht verständlich) und in den Kitas abgestimmt wird, verfahren haben. Und deswegen ist unser Vorschlag, das eben nicht zu machen, weil es insgesamt keine Ersparnis ist, das Ganze nicht preiswerter wird. Und ich glaube, es ist jetzt ein großer Irrtum und gerade die abgeschlossene Verhandlungen der Oberbürgermeisterin zum Schutzschirm zeigen das ja, da ist völlig ins Detail gegangen worden, da sind alle Ausgaben der Stadt auch ganz genau Werte..... (nicht verständlich), weil wir eben diese großen Schwierigkeiten haben und

angenommen wir würden jetzt wirklich, diesen Bereich rausnehmen, wissen 3 - 5 Jahre haben wir mindestens Übergangszeit, bis das Personal ..... (nicht verständlich) umgesetzt und alles was da bei einer solchen Organisationsänderung zu bedenken ist, selbst dann würde das angerechnet werden und ich weiß aus den Schutzschirmverhandlungen vom Kreis, dass da erwartete zusätzliche Einnahmen, um solche würde es sich hier ja handeln, also hier würde es sich weniger Ausgaben, beim Kreis handelt es sich um weitere Einnahmen, dann angerechnet werden würden und genau beobachtet werden würden, das zu einer schnelleren Tilgung führen würde und das würde hier ganz genauso geschehen. Das würde uns angerechnet werden, selbst wenn das alles eintreten würde, von daher kann das von Seiten des Magistrats überhaupt nicht empfohlen werden, einen solchen Weg zu gehen.“

- „Herr Greilich, ich will es noch mal reduzieren, weil ich habe es ja auch zu Anfang gesagt, es steht zwar hier auch drin, dass man die Frage stellen muss, ob wir dann noch den Sonderstatus haben. Ich persönlich glaube auch nicht, dass damit der Sonderstatus wirklich gefährdet ist, denn wir haben auch die Sozialhilfe abgegeben, dadurch war er nicht gefährdet und da gab es gute Gründe dafür. Und eben die Sozialhilfe ist nicht so integriert in andere .... (nicht verständlich), die dann in der Stadt angesiedelt sind. Das ist der zentrale Unterschied. Wir geben ganz aktuell im nächsten Jahr die Wohngeldstelle ab, das waren noch zwei oder drei Stellen, auch da ist es so, dass das sinnhafter angesiedelt ist beim Kreis, weil es dann dadurch auch die Synergieeffekte gibt. Aber bei der Jugendhilfe haben wir einfach diese Integration durch die Trennung oder nicht durch die Trennung der Jugendhilfe, sondern dadurch dass die Jugendhilfe eben aus diesen verschiedenen Standbeinen besteht, dass es sinnvoll ist da vernetzt und mit Synergie zu arbeiten. Und das ist ein völlig ausreichender Grund und das ist eigentlich der Hauptgrund. Das andere ist, das an anderer Stelle natürlich es richtig ist, dass wir sagen, dass dann Aufgaben an alle verteilt werden, das ist vom Grundansatz richtig. Wenn wir aber hier auch schon wissen, dass die Einsparungen, wann immer sie eintreten, es wird zu einer Entlastung des städtischen Haushalts kommen, aber in der Situation des Schutzschirms wird uns das angerechnet werden und wir werden keine anderen Ausgaben tätigen können, weil wir in der Situation sind, dass wir es in dieser Abbautragenden Form vornehmen müssen. Und wir für diese zusätzlichen Leistungen, auch zusätzliche Mittel vom Land bekommen, aus dem Lastenausgleich und dem Landesausgleichstock und diese Dinge würden dann wegfallen. Das ist so und das hat nur indirekt was mit dem Sonderstatus zu tun, weil es sich dann da dokumentiert. Aber der Sonderstatus selber, wie gesagt, ich persönlich glaube es auch nicht, aber es ist überhaupt nicht relevant für die Entscheidung hier, wie man jetzt zu dieser Grundlage steht, sondern es ist nur die Entscheidung die Vernetzung mit den anderen Bereichen ... (nicht verständlich) insbesondere KiGa und Gemeinwesenarbeit, ohne das es insgesamt nicht zu einer Verringerung der Ausgaben kommt, sondern nur zu dieser Verschiebung.“

An der Diskussion beteiligen sich die Stv. Dr. Greilich, Bietz, Victor, Schlicksupp und Bürgermeisterin Weigel-Greilich.

**Beratungsergebnis:** Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, GR, FW; Ja: CDU).

**4. Schaffung eines zentralen Platzvergabesystems für Kitaplätze** **STV/1279/2012**  
**- Antrag der CDU-Fraktion vom 19.11.2012 -**

---

**Antrag:**

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten, ein zentrales Kitaplatzmanagement (einschl. U3-Plätze) für die Universitätsstadt Gießen zu implementieren. Dabei sollen nicht nur die kommunalen Kindertagesstätten sondern auch die von der Stadt Gießen finanziell unterstützen Kindertagesstätten freier Träger erfasst werden.“

**Beratungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt.

**5. Verschiedenes**

---

Es wird nichts vorgebracht.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der **Vorsitzende** die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

**DER VORSITZENDE:**

(gez.) Gerhard Greilich

**DIE SCHRIFTFÜHRERIN:**

(gez.) Andrea Allamode